



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen
Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Frieser: CSU setzt sich für kommunalfreundliche Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ein - SPD will von kommunalfeindlicher Rot-Grün-Zeit ablenken

Nürnberg, 28.9.11
Bezug:
Anlagen:

Michael Frieser, MdB

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.de

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Frieser wirft der Nürnberger SPD vor, mit ihrer Kritik am neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz von den kommunalfeindlichen Zeiten unter Rot-Grün ablenken zu wollen und die Bürger zu verunsichern. "Die CSU setzt sich für eine kommunalfreundliche Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ein. Mit dem von der christlich-liberalen Koalition vorgelegten Gesetzentwurf soll das Recycling von Abfällen gestärkt und damit die Ressourceneffizienz weiter vorangebracht werden. Der Gesetzentwurf sieht daher die Erhöhung von bisher bereits bestehenden Recyclingquoten vor. Ziel des Gesetzentwurfs ist es aber auch, die gewachsenen kommunalen Entsorgungsstrukturen, das Prinzip der Daseinsvorsorge und die bestehenden Überlassungspflichten abzubilden und damit auch auf die kommunalen Belange bei der Abfallentsorgung Rücksicht zu nehmen", so Frieser, der auch Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU ist.

Entsprechend den Vorgaben der EU-Abfallrichtlinie (2008/98/EG) sieht der Gesetzentwurf die Einführung einer neuen fünfstufigen Abfallhierarchie (Rangfolge: Vermeidung - Vorbereitung zur Wiederverwendung - Recycling - sonstige, insbesondere energetische Verwertung - Beseitigung) vor. Im Freistaat Bayern gilt schon seit 1991 eine vergleichbare Rangfolge.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat sich bereits sehr intensiv mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt. "Uns war dabei bewusst, dass die Novelle insbesondere bei den bayerischen Kommunen starke Kritik hervorgerufen hat. Auch wir sehen die Sicherstellung der kommunalen Entsorgungsstrukturen als wichtiges Ziel an. Die Neuregelung muss daher für alle beteiligten Akteure ein hohes Maß an Planungs- und Rechtssicherheit bieten. Wir haben daher sowohl umweltpolitische als auch kommunal- und wirtschaftspolitische Belange umfassend abgewogen. Im Ergebnis hat dies dazu geführt, dass die CSU bei dem vorliegenden Gesetzentwurf an einigen Stellen noch Prüf- und auch noch konkreten Veränderungsbedarf sieht", so Frieser. So soll kein gesetzlicher Zwang zur Einführung einer Wertstofftonne greifen, weil die kommunalen Entsorger am besten wissen, wie sie Wertstoffe erfassen,



Michael Frieser

Mitglied des Deutschen
Bundestages

beispielsweise mit der bewährten Form der Wertstoffhöfe. Auch sollen gemeinnützige Sammlungen nach dem Willen der CSU wie bisher möglich sein. Weiter wird sich die CSU nach Angaben Friesers auch dafür einsetzen, dass eine Aushöhlung des Sammlungsbegriffs zu Lasten der Kommunen wirksam verhindert werden muss und dem europäischen Primärrecht dennoch Rechnung getragen wird. Genauso verhält es sich bei der Abgrenzung der öffentlich-rechtlichen Überlassungspflichten.